



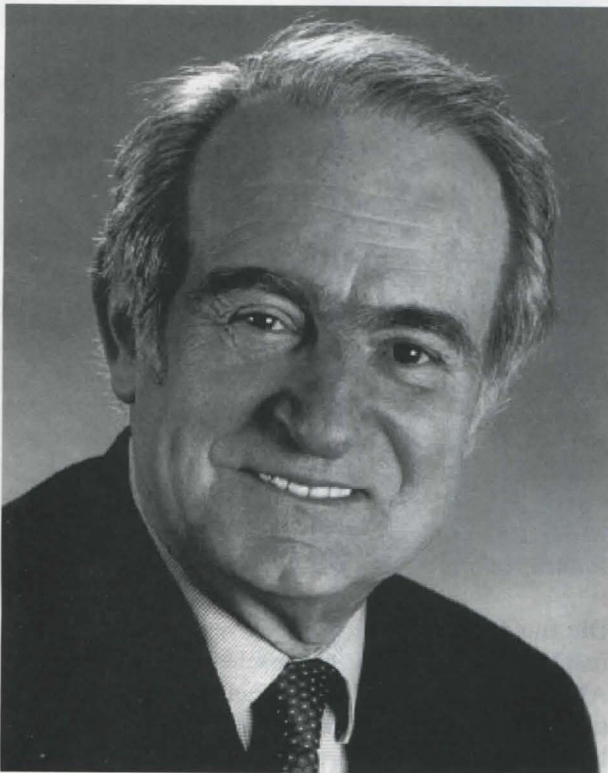
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview mit dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen

Dr. Johannes Rau



Dr. Johannes Rau

Frage: Das Reichsbanner hat sich immer mit Entschiedenheit für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit eingesetzt. Wir waren ganz entschiedene Gegner der Nazi- und der SED-Diktatur. Mit Sorge beobachten wir, daß sich bei uns immer mehr eine hemmungslose Mentalität zum Gewinnstreben breit macht. Im Fernsehen geht es nur noch um Einschaltquoten mit Sendungen oft tief unterhalb der Gürtellinie, und Korruption und Brutalität nehmen zu.

Marion Gräfin Dönhoff, die Mitherausgeberin der Wochenzeitschrift „Die Zeit“, wagte die Voraussage: Wenn die Entwicklung so weitergehe, dann werde in spätestens 10 Jahren der Kapitalismus zusammenbrechen wie zuvor der Sozialismus.

Welche Ansicht vertreten Sie?

Das Ende des Kapitalismus ist oft vorhergesagt worden, von den einen voller Hoffnung, von den anderen voller Angst. Ich glaube nicht an sein Ende, aber wir müssen in der Tat sehr aufpassen, daß eine ausschließliche „Ideologie des Geldes“ nicht die Oberhand gewinnt. Der Markt kann vieles, aber er ist wertblind. Werte schafft er nicht aus sich selbst heraus, sondern sie müssen ihm vorgegeben werden. Wenn wir das nicht erreichen, dann mag unsere Gesellschaftsordnung heißen wie sie will, sie wird jedenfalls nicht lebenswert sein.

Unter dem Begriff „Kapitalismus“ sind eine Reihe von Gesellschaftsordnungen möglich, die sich in wirtschaftlicher Effizienz, in sozialer Gerechtigkeit und in demokratischer Substanz erheblich voneinander unterscheiden. Ich halte es deshalb für die entscheidende Frage, ob wir unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung konkret so ausgestalten, daß sie menschenfreundlich ist.

Sie nennen einige Tendenzen, die auch mir große Sorge bereiten, gegen die wir aber nach meiner Überzeugung auch etwas tun können. Die vielen Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, im Sozialbereich, im Sport, in Parteien, in Vereinen legen Zeugnis davon ab, daß es möglich ist und auch Spaß macht, über die enge Grenze des eigenen Vorteils hinaus zu gehen und sich für andere und mit anderen zu engagieren. Sie sprechen die Medien an. Auch dort geht die Entwicklung nach meinem Eindruck keineswegs einheitlich ins Schlechte.

Wenn wir wachsame Demokraten sind, wenn wir wieder mehr als in den vergangenen Jahren auf soziale Gerechtigkeit achten, dann ist mir um die Zukunft unserer Gesellschaft nicht bange.

Frage: Welchen Beitrag leistet das Land Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Nordrhein-Westfalen nutzt alle Möglichkeiten, die es als Land hat, Beschäftigung zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Man muß allerdings auch klar sehen, daß selbst ein so großes Land wie Nordrhein-Westfalen nur begrenzte Möglichkeiten hat, den Arbeitsmarkt we-

sentlich zu entlasten. Wichtige Rahmenbedingungen werden nämlich auf Bundesebene und zunehmend auch auf europäischer Ebene gesetzt.

Der Hauptbeitrag des Landes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt nach meiner Überzeugung in der aktiven Gestaltung des Strukturwandels. Das Ruhrgebiet war Jahrzehnte lang durch Schwerindustrie, durch Kohle und Stahl, geprägt. Wir haben den Wandel hin zu einer vielfältigen Struktur mit einem wachsenden Dienstleistungsanteil geschafft. Noch nie hat es in Nordrhein-Westfalen so viele Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich gegeben wie 1996: 38.000 mehr als im Vorjahr. Wir fördern mit großem Nachdruck Existenzgründungen. Dazu haben wir das Instrument der Meistergründungsprämien geschaffen und bislang über 1.400 Existenzgründungen entsprechend gefördert. Dadurch entstehen über 4.000 neue Arbeitsplätze. Wir verbessern den Zugang junger Unternehmen zu Risikokapital durch Landesbürgschaften. Außerdem wollen wir in diesem Jahr einen speziellen Fond für Risikokapital einrichten. Wir arbeiten weiter intensiv daran, Nordrhein-Westfalens Stellung als führenden Medienstandort in Deutschland zu erhalten und auszubauen. Das sind nur einige Beispiele.

Wir haben eine besondere Anstrengung unternommen, damit alle jungen Menschen eine Ausbildungsstelle bekommen. Im September 1996 haben wir den „Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen“ auf den Weg gebracht. Die wichtigste Verabredung ist: Alle Jugendlichen, die ausgebildet werden wollen und am 15. Oktober eines Jahres noch keinen Ausbildungsplatz haben, werden durch eine konzertierte Aktion der Partner des Ausbildungskonsenses einen bekommen. Außerdem hat die Landesregierung schon im Jahr 1995 das Aktionsprogramm „Jugend-Beruf-Zukunft“ gestartet, damit alle Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen die Chance für eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten.

Frage: Derzeitige Wählerbefragungen fallen für die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien außerordentlich negativ aus. Aber auch die Umfrageergebnisse für die SPD sind nicht günstig. Was muß die SPD nach ihrer Ansicht tun, damit sie eine Alternative zur derzeitigen Regierung wird?

Wir sind dem Ziel, eine attraktive Alternative zur derzeitigen Bundesregierung zu sein, inzwischen ein gutes Stück näher gekommen. Das liegt nicht nur daran, daß die Bundesregierung ein so schlechtes Bild abgibt, sondern es hat auch mit eigener Stärke zu tun. Wir können und müssen da aber noch deutlich zulegen. Ich halte dabei einige Orientierungspunkte für ganz wichtig:

1. Wir dürfen nicht schönreden, aber auch nicht schwarzmalen. Die Menschen wollen realistische Antworten auf ganz praktische Fragen. Meine Überzeugung ist, daß die Bürgerinnen und Bürger auch unangenehme Wahrheiten verkraften, aber es müssen Wahrheiten sein - und es muß eine Perspektive dazukommen, wie es besser werden kann.

2. Wir müssen eine Partei sein, die allen Menschen offen steht. Wir müssen uns immer um einen breiten Konsens bemühen, wir müssen ganz unterschiedliche Menschen und Interessen möglichst weit zusammenführen.

3. Ich halte es für entscheidend, daß die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit bleibt, denn das ist unser Markenzeichen.

4. Wir brauchen ein klares wirtschaftspolitisches Profil. Wir wollen, daß die Fabriken brummen, wir wollen als Sozialdemokraten aber auch deutlich machen, daß wir den Erfolg der Wirtschaftspolitik vor allem an den Zahlen des Arbeitsmarktes messen.

5. Wir sollten ganz klar machen, daß bei uns Ökonomie und Ökologie gleichermaßen in guten Händen sind. Ökologischer Umbau darf nicht als eine Art Askese-Programm erscheinen, sondern als das High-Tech-Projekt, das er in Wirklichkeit ist.

6. Ich halte es für zentral, daß die SPD die Partei ist, die Kindern und Jugendlichen Zukunftschancen eröffnet.

7. Schließlich muß die SPD die Partei sein, die sich in ihrem Einsatz für sinnvolle Innovationen von niemandem übertreffen läßt.

Wenn wir bis zur Bundestagswahl 1998 deutlich machen können, daß wir uns an diesen Punkten orientieren, dann sehe ich gute Chancen, die derzeitige Bundesregierung abzulösen.

Frage: Die Renten werden künftig nicht mehr ganz so sicher sein. Bereits jetzt betreiben viele Bundesbürger eine Selbstvorsorge. Die Bundesregierung beabsichtigt, künftig private Lebensversicherungen zu besteuern. Wie stehen Sie zu solchen Plänen? Wie steht die SPD zu den Plänen, künftig Renten zu besteuern?

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Wochen und Monaten eine völlig chaotische Diskussion über die Altersversorgung angezettelt. Dadurch sind viele Menschen verunsichert worden, diejenigen, die auf eine staatliche Rente angewiesen sind, und die, die ganz oder teilweise privat vorgesorgt haben. Für die SPD ist klar, daß Renten- und Lebensversicherungen nicht zusätzlich besteuert werden dürfen. Das ist für uns auch nicht verhandelbar.

Frage: Das Erscheinungsbild Ihres Koalitionspartners in der Öffentlichkeit ist negativ. Leidet darunter nicht die Regierungsarbeit?

Koalitionen bringen es mit sich, daß man vom Erscheinungsbild des jeweiligen Partners immer mehr oder weniger mit betroffen ist - im Positiven wie im Negativen. Die Koalition in Nordrhein-Westfalen leistet gute, solide Arbeit. Was wir bis jetzt geschafft haben, kann sich sehen lassen. Wir werden auf der Grundlage der Regierungserklärung weiter für Nordrhein-Westfalen arbeiten und uns dabei von manchen Begleitgeräuschen nicht aus der Ruhe bringen lassen.

Frage: Die Bundesregierung bereitet eine Umschichtung der Steuern vor. So soll der Spitzensteuersatz kräftig gesenkt und dafür die Mehrwertsteuer angehoben werden.

Werden Sie im Bundesrat diesen Plänen, die besonders die Geringverdiener trifft, zustimmen?

Sie wissen, daß Gespräche zwischen der Bundesregierung und der SPD über eine Verständigung bei der Steuerreform stattfinden. Für uns ist klar: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung einer Absenkung

des Spitzensteuersatzes ist nicht akzeptabel. Wir fordern außerdem, gerade um die Geringverdiener zu entlasten, die Anhebung des steuerlichen Freibetrages auf jährlich 14.000 DM für Ledige und 28.000 DM für Verheiratete. Mit uns wird es eine Einigung bei der Steuerreform nur dann geben, wenn sie sozial erheblich ausgeglichener sein wird als die Pläne der Bundesregierung.

Das Interview wurde von Hans Bonkas geführt.

Interview mit Dr. Hans-Jochen Vogel, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der SPD



Alfred Körner, Dr. Hans-Jochen Vogel, Hans Bonkas

Frage: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das so viele Opfer gegen Nazis und Kommunisten erbracht hat, bemüht sich, in Seminaren mit jungen Menschen und Zeitzeugen die Erinnerung wachzuhalten, welche Verbrechen die Nazis und Kommunisten damals begangen haben. In welcher Form könnten Sie uns hierbei unterstützen?

Als Vorsitzender der Projekts „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, in dem sich drei Jahre nach seiner Gründung bereits über 1000 Männer und Frauen aus unterschiedlichen politischen und sozialen Bereichen zusammengeschlossen haben, freue ich mich über Ihre Aktivitäten. Unterstützen kann ich Sie dadurch, daß ich selbst an einem Ihrer Seminare als Referent mitwirke und Ihnen geeignetes Material zur Verfügung stelle.

Frage: Das Reichsbanner und der Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ haben in vielen Punkten ein gemeinsames Ziel. Könnten Sie sich künftig eine lose oder auch engere Zusammenarbeit zwischen uns vorstellen?

Ja, die kann ich mir gut vorstellen. Zunächst sollten wir Informationen austauschen. Vielleicht kommen auch gemeinsame Veranstaltungen in Betracht.

Frage: Was hat Sie dazu bewogen, in dem Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ den Vorsitz zu übernehmen?

Mich hat die Einsicht bewogen, daß die Erinnerung an die Verbrechen, den Widerstand und die Ursachen, die unser Volk in die Katastrophe geführt haben, nicht abreißen darf. Wer die jüngere deutsche Geschichte kennt, wird neuen Gefahren leichter widerstehen.

Frage: Bei den von uns durchgeführten Seminaren mit jungen Menschen machen wir immer wieder die Erfahrung, daß nach Ansicht der Teilnehmer sowohl in den Schulen als auch später in der Berufsschule kaum bzw. viel zu wenig auf die Untaten der Nazis als auch die Untaten des SED-Regimes eingegangen wird. Sind hier nicht die Kultusminister der Länder gefordert, Abhilfe zu schaffen?

Ja. Unser Projekt veranstaltet deshalb auch Informationsstagen für die Lehrerweiterbildung.

Frage: Der 5. Senat des BGH hat jetzt an der früheren Rechtsprechung des BGH Kritik geübt, die eine Verurteilung von Nazi-Richtern unmöglich gemacht hat. Kommt diese Einsicht nicht Jahrzehnte zu spät?

Es wäre besser gewesen, die Rechtsprechung hätte schon in den 50er Jahren zu den Urteilen gefunden, die jetzt gegen DDR-Juristen ergehen. Aber es ehrt den Bundesgerichtshof, daß er heute zur Selbstkritik fähig ist.

Frage: Bei der Aufarbeitung von DDR-Unrecht im Bereich der Justiz werden nach Ansicht der damals von

DDR-Richtern oft zu Unrecht Verurteilten viel zu milde Strafen ausgesprochen. Können Sie diese Enttäuschung der Betroffenen verstehen?

Mir ist die Verurteilung als solche wichtig. Die Höhe der Strafe hängt dann im Einzelfall von vielen Faktoren ab, die man anhand von Zeitungsberichten nicht immer zuverlässig beurteilen kann.

Frage: Ich bin durchaus dafür, daß ehemalige DDR-Richter, die sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Ich stelle mir aber die Frage, woher wir die moralische Rechtfertigung nehmen, sie zu verurteilen, wenn die weitaus gnadenloseren Mordmaschinisten des Volksgerichtshofes bei uns in aller Ruhe ihre Pension verzehren konnten. Welche Ansicht vertreten Sie?

Wenn es solche Fälle wirklich noch gibt, dann ist das bedrückend. Aber Fehler, die früher gemacht wurden,

rechtfertigen es meines Erachtens nicht, sie jetzt zu wiederholen.

Frage: In ihrer erfolgreichen politischen Laufbahn haben sie viele wichtige Posten innegehabt, so als Oberbürgermeister von München, als Bundesjustizminister und als Vorsitzender der Bundes-SPD. In welcher Position haben Sie sich am wohlsten gefühlt und welche hat sie am meisten genervt?

Ich würde allen anderen Funktionen nicht gerecht werden, wenn ich eine von ihnen positiv oder negativ besonders hervorheben würde. Wer sich näher informieren will, der kann in meinem kürzlich erschienenen Buch „Nachsichten“ lesen, wie ich heute über meine Jahre in Bonn und Berlin denke.

Das Interview mit Dr. Hans-Jochen Vogel führte Hans Bonkas.

Das Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold Woher kommen wir - Was sind wir - Was wollen wir

Es waren überzeugte Demokraten, Republikaner, dem Gemeinwesen verhaftete politisch engagierte Männer, die 1924 in Magdeburg das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gründeten. Die drei Farben symbolisierten die Verbundenheit mit Deutschland und mit seiner jungen Republik. In den Jahren danach waren es dreieinhalb Millionen aufrechter Männer aus allen Bereichen des damaligen demokratischen Spektrums, die sich zum Schutz der Weimarer Republik in Deutschland zusammengefunden hatten.

Sie stellten sich gegen die zahlreichen Feinde dieser jungen Demokratie, gegen die Nationalisten und Militaristen, gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten, die allesamt, wie es so überaus richtig einer der Besten unseres Reichsbanners, der spätere legendäre Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, formuliert hatte, „die menschliche Dummheit organisieren wollten“.

Die freiheitliche Demokratie muß ein großartiges Element des menschlichen Zusammenlebens sein, sonst hätten sich nicht so viele überzeugte Menschen gefunden, die als Angehörige des Reichsbanners dafür ihr Leben gegeben haben. Das Pergament der freiheitlichen Demokratie, auf der die Opfer notiert sind, ist lang. Die Mitglieder des Reichsbanners stehen an der Spitze dieser Ehrenliste. Ob in den zwanziger und dreißiger Jahren heimtückisch ermordet, ob von den Nazis zu Zehntausenden durch Zuchthäuser und KZ's und unter das Fallbeil geschleppt oder noch nach 1945 von der SED verfolgt und langjährig eingekerkert und umgebracht, es waren Reichsbannerleute, die für Deutschland und für seine Demokratie gekämpft und gelitten haben.

Mag es vorübergehende Niederlagen für die Reichsbannerleute und für die Demokratie gegeben haben, wie 1933, als die Nazis an die Macht kamen oder gleich nach

dem Zusammenbruch 1945, als sich in Mitteldeutschland eine neue Diktatur, die der Kommunisten, anbahnte, entscheidend war dabei nicht der politische Augenblick, sondern allein die feste Überzeugung in die Kraft der Freiheit und in die Treue der Demokratie, die Diktaturen überwinden.

Darin lag und liegt die Bedeutung einer so demokratischen Organisation wie der des Reichsbanners. Demokratie zeigt keine schnellen Erfolge. Oftmals heißt es Geduld und Zähigkeit an den Tag zu legen. Dafür braucht man den Idealismus von Menschen, die im Zusammenschluß gemeinsamer Gesinnung den Wesensmerkmalen der Demokratie - Freiheit und Recht - verbunden sind. Das war und ist die große Aufgabe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; heute sicherlich nicht in der Gefährdung von früheren Zeiten, aber doch in Wachsamkeit gegen links- und rechtsradikale Elemente, die immer eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

In der Pflege der Tradition des Einsatzes für das Gemeinwesen ergibt sich die Motivierung für junge Menschen, in der Demokratie nicht nur eine gesellschaftlich-staatsrechtliche Formation zu sehen, sondern sie als ein buntes Element des Zusammenlebens der Menschen mit den vielfältigen Facetten aus politischer Vergangenheit und politischem Heute zu begreifen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold will die politische Zukunft, verankert in Geschichte und in unserem Alltag, begleiten mit seinen demokratischen Erfahrungen, mit den Vorbildfunktionen der mit der freiheitlichen Demokratie verhafteten Persönlichkeiten und mit der Vermittlung von unumstößlichen Werten wie Tapferkeit und Hingabe für Freiheit und Recht.

Alfred Körner, Bundesvorsitzender

Seminare 1997

Auch in diesem Jahr führen wir wieder Seminare mit Auszubildenden und Zeitzeugen der Nazi- und SED-Diktaturen durch, und zwar vom

20.5. - 23.5.97

in der Akademie Frankenwarte in Würzburg

9.6. - 13.6.97

in der Gustav Heinemann Akademie in Freudenberg

27.10. - 30.10.

in der Gustav Heinemann Akademie in Freudenberg

Außerdem ist in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Staat und Politik Sachsen-Thüringen ein weiteres Seminar in der Zeit vom **2.10. - 5.10.97** in Berlin geplant. Zu

Das von uns in der Zeit vom 3.10. - 6.10.96 in Berlin mit jungen Menschen aus Hessen und Sachsen durchgeführte Seminar ist bei den TeilnehmerInnen auf breite Zustimmung gestoßen. Nachstehend veröffentlichen wir ein Schreiben, das wir von den Auszubildenden der Frankfurter Flughafen AG erhalten haben.

den Seminaren ist es uns gelungen, hervorragende Referenten zu gewinnen, u.a. den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, den ehemaligen Bundesvorsitzenden der SPD und jetzigen Vorsitzenden des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“, Dr. Hans Jochen Vogel, die Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen, den Finanzminister von Hessen und den Landesbeauftragten des Landes Sachsen für Stasi-Angelegenheiten. Interessenten werden gebeten, ihre Anmeldung umgehend an das Reichsbanner einzureichen. Anmeldung bei Hans Bonkas, Im Hermeshain 20, 60388 Frankfurt am Main.

Hans Bonkas

Seminar "Brennpunkte Deutscher Geschichte" vom 3. bis 6. Oktober 1996 in Berlin

Sehr geehrter Herr Bonkas,

Sie haben in der Zeit vom 3. bis 6. Oktober 1996 für uns, die Auszubildenden der Flughafen Frankfurt Main AG, das zweite Bildungsseminar organisiert. Nach der Veranstaltung auf der Akademie Frankenwarte in Würzburg im Mai 1996, dessen Programm sich schwerpunktmäßig mit dem Dialog zwischen erfahrenen Zeitzeugen und jungen Menschen beschäftigte, haben Sie uns allen mit dem Berlin-Seminar bleibende und nachdenkliche Eindrücke vermittelt.

Gerade der Ansatz des Berlin-Seminars, anhand von Besuchen der Gedenkstätten nationalsozialistischer Greuelstätten bzw. durch Konfrontation mit der Tätigkeit des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit Nachdenklichkeit bei uns jungen Menschen zu bewirken, war erfolgreich. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen unserer Gruppe lobten das angenehme menschliche Klima und auch die Möglichkeiten, Berlin "auf eigene Faust" kennenzulernen. Doch erkannten auch alle, daß man sich die verhängnisvollen Auswirkungen beider politischer Systeme nicht in der nun erlebten Form hatte vorstellen können. Besonders die Referenten Siegmund Faust und Hagen Koch beeindruckten uns mit ihren Vorträgen und ihrer erlebten Vergangenheit sehr. Bitte geben Sie unseren Dank auch an den Leiter des Seminars, Herrn Schlechte, weiter, der mit der Organisation sicherlich erheblich zum Gelingen des Seminars beigetragen hat.

Nochmals herzlichen Dank für alle Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Auszubildenden der
Flughafen Frankfurt/Main AG

Ulrike Hork

Nadine Bennemann

Jan Rippel

Christine Schüssler

Michelle Schütz

Ima Juras

Stefan Götze

Ulrike Foll

Jeannine Wilms

Barbara Leckwig

Susanne Kern

Ulrike Foll

Reichsbanner intern

Terminänderung der Bundeskonferenz und der Bundesvorstandssitzung (11.10.1997)

Wie den Vorstandsmitgliedern bereits telefonisch mitgeteilt wurde, haben wir die für Mai vorgesehene außerordentliche Bundeskonferenz auf den satzungsgemäßen Termin 1998 verlegt. Zur Überbrückung der Zwischenzeit findet **am Samstag, dem 11. Oktober um 11.30 Uhr bis ca. 16.00 Uhr** eine Bundesvorstandssitzung im Gewerkschaftshaus in Frankfurt statt. Einzelheiten und Tagesordnung werden rechtzeitig mitgeteilt. Wer am gleichen Tage wegen größerer Entfernung nicht zurückfährt, möge dies bitte rechtzeitig bei A. Körner bekannt geben, damit ein Zimmer reserviert werden kann.

Reichsbannerzeitung

Wegen der allgemeinen Kostensteigerung wurde seit Jahrzehnten der Bezugspreis unserer Zeitung erstmalig um DM 0,50 erhöht. Die Zeitung kostet jetzt einschließ-

lich der Versandgebühren jährlich DM 10.-. Dieser Betrag ist zusätzlich zum Jahresbeitrag zu entrichten. Wir bitten um pünktliche Zahlung, da auch wir unsere finanziellen Verpflichtungen pünktlich erfüllen müssen. Wer unsere erhaltene Zeitung nicht bezahlt, bekundet damit, daß er kein Interesse an unserer Zeitung hat und wird auch keine mehr erhalten.

Alfred Körner

Ortsverein Frankfurt

Unser schöner neurenovierter Treffpunkt im Zwischengeschloß des Parkhauses Konstablerwache in der Reineckstraße hat bereits großen Anklang gefunden. Alle Mitglieder und Interessenten sind hiermit herzlich eingeladen, sich jeden ersten Mittwoch von 14.00 bis 16.00 Uhr eine Kaffeepause mit Plauderei in unserem gemütlich eingerichteten Raum zu gönnen.

Hans Brück

AUFNAHME - ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats-/Jahres-Beitrag nach Selbsteinschätzung - mindestens DM 3.00 monatlich -

DM monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den 19
(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in

Anschrift
(Straße)

PLZ-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit: in

politisch, rassistisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

.....
(Eigenhändige Unterschrift)

1. Vorstand zum Beschluß:
2. Nachricht an Antragsteller
3. Nachricht an Schatzmeister



Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Erscheint seit 1924

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM einschließlich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Das Konto unserer Bundeskasse ist bei der Bank für Gemeinwirtschaft in 60325 Frankfurt am Main, Konto-Nr. 100 77 651 00, BLZ 500 101 11.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.